

Klimakatastrophe und Aufrüstung: Plädoyer für eine neue, zivile Sicherheitspolitik

Das Leben auf der Erde und die Gesundheit ihrer Bewohner*innen ist im 21. Jahrhundert doppelt bedroht – durch die fortschreitende Klimakatastrophe und die zunehmende Atomkriegsgefahr.

Zu beiden trägt die aktuelle globale Aufrüstungsspirale massiv bei.¹ Sie produziert Emissionen und Umweltverschmutzung, bindet dringend benötigte Finanzmittel und führt zur Renaissance von Abschreckungsstrategien als Mittel globaler „Sicherheit“, atomare Aufrüstung eingeschlossen. Krieg als Mittel, eigene Interessen durchzusetzen und Militär und die Rüstungsindustrie als angebliche Garanten für Sicherheit und Wohlstand sind nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Sie heizen die Klimakatastrophe weiter an und schwächen unsere Anpassungsmöglichkeiten erheblich.

Die Lösungsstrategien für beide Krisen gehen in dieselbe Richtung: Als globale grenzüberschreitende Herausforderung benötigen sie globale Prävention und kollektives Handeln.² Ein Handeln in Solidarität auf Grundlage der Erkenntnisse der Wissenschaft. Während die vom Menschen verursachte Klimakatastrophe seit über vier Jahrzehnten wissenschaftlich untersucht und belegt ist, steht die Wissenschaft bei der Erforschung der Wirksamkeit militärischer Mittel zur Erreichung politischer Ziele ziemlich am Anfang. In den letzten Jahren stellten zahlreiche wissenschaftliche Erkenntnisse den Beitrag des Militärs zur Erreichung politischer Ziele infrage.³ Lösungsstrategien für eine neue Sicherheitspolitik sollten Leben und Gesundheit als übergeordnetes Ziel setzen und so den überfälligen Paradigmenwechsel im Sicherheitsdiskurs



ÄRZTINNEN UND ÄRZTE BEIM KLIMA-
STREIK AM 25. SEPTEMBER 2020 IN BERLIN

anregen. Leben und Gesundheit zur Priorität machen – das bedeutet soziale und individuelle Menschenrechte laut UN-Charta durchzusetzen. So wie es im Klimadiskurs gilt, die Lebensgrundlagen auf unserem Planeten zu sichern.

Es gibt durchaus Anlass für Optimismus. Ein historisches Beispiel für kollektives Handeln auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse stellt das Pariser Klimaabkommen von 2015 dar. Anders als noch im Kyoto-Protokoll haben fast alle Staaten der Erde nationale Klimaschutzziele definiert. Mit der Ratifizierung sind die Staaten völkerrechtlich verpflichtet, Maßnahmen zur Erreichung der Ziele zu ergreifen, auch wenn internationale Kontrollmechanismen noch schwach ausgeprägt sind.

Der Atomwaffenverbotsvertrag ist ein weiteres Beispiel für die gelungene Zusammenarbeit globaler zivilgesellschaftlicher Bewegungen mit der Mehrheit der UN-Mit-

1 Stockholm International Peace Research Institute (2020): SIPRI Yearbook 2020. Armament, Disarmament and International Security. Summary. Oxford.

2 Weizsäcker, E.U. & Wijkman, A. (2017): Wir sind dran. Club of Rome: Der große Bericht. Gütersloh.

3 Sicherheit Neu Denken (2020): Zivile Sicherheit ist wirksam. Abgerufen am 07.12.2020 von https://www.sicherheitneudenken.de/html/content/zivile_sicherheit_ist_wirksam.html



KLIMASTREIK AM 20.09.2019 IN BERLIN

Nukleare Hungersnot

Bereits ein regionaler Atomkrieg mit etwa 100 Atomwaffen würde das globale Klima und die landwirtschaftliche Produktion so gravierend verändern, dass bis zu zwei Milliarden Menschenleben gefährdet wären. Die Ergebnisse einer IPPNW-Studie belegen, dass auch relativ kleine atomare Arsenale – über die beispielsweise Länder wie Indien und Pakistan verfügen – das Ökosystem der Erde im Falle eines begrenzten Atomkrieges massiv verändern können. Sinkende Temperaturen und reduzierte Niederschläge in Folge eines Atomkriegs können in wichtigen landwirtschaftlichen Regionen den Anbau von Getreide, Mais und Reis gravierend stören und weltweit zu Nahrungsmittelknappheit und Preiserhöhungen führen.

www.nuclear-risks.org/de/atomwaffen/gesundheitsfolgen/nukleare-hungersnot.html

gliedsstaaten, die bereit sind, Atomwaffen zu ächten und abzuschaffen. Ein historischer Erfolg in Zeiten sich auflösender Abrüstungsverträge. Er rückt die humanitären Folgen von Atomwaffen in den Fokus und wurde im ersten Schritt gegen die Atomwaffenstaaten errungen. Der Verbotsvertrag tritt am 22. Januar 2021 in Kraft.⁴

Die Rolle von Militär und Rüstungspolitik kann einen tiefgreifenden Wandel erfahren, wenn nukleare und konventionelle Abrüstung Schritt für Schritt durch zivile, kooperative Handlungsstrategien ersetzt wird. Als Organisation von Ärzt*innen plädiert die IPPNW daher für eine neue zivile Sicherheitspolitik, die auf den Menschenrechten fußt und die planetaren Grenzen respektiert. Aus dem medizinischen Selbstverständnis heraus weist sie auf die verheerenden Folgen von Militär, Krieg und Klimazerstörung hin. Seit 40 Jahren engagiert sich die IPPNW für eine friedlichere Welt und bietet dafür im Rahmen von medizinischer Friedensarbeit und als Teil der Planetary-Health-Bewegung konkrete Handlungsperspektiven.

Krieg als Mittel – nicht nur unethisch, auch ineffizient?

Die bisherige nationale und internationale Außen- und Sicherheitspolitik definiert „Verantwortung“ als militärische Stärke, durch Aufrüstung und militärische Interventionen. Es fehlt aber eine systematische und unabhängige Evaluierung der „Erfolge“ von Militäreinsätzen, sowohl durch die Konfliktforschung als auch durch die politischen Entscheidungsträger*innen. Zahlreiche internationale Studien und nationale wissenschaftliche Beiträge weisen inzwischen die Ineffektivität militärischer Mittel zur Erreichung politischer Ziele nach.⁵

4 IPPNW (2020): Pressemitteilung. Abgerufen am 07.12.2020 von <https://www.ippnw.de/atomwaffen/atomwaffenverbot/artikel/de/ippnw-begruesst-bevorstehendes-verbot.html>

5 Sicherheit Neu Denken (2020): Mythos Wirksamkeit militärischer Interventionen. Abgerufen am 07.12.2020 von https://www.sicherheitneudenken.de/html/mythos_wirksamkeit_militaerischer_interventionen.html



EUROFIGHTER: VERBRAUCHT 3.500 KG TREIBSTOFF PRO FLUGSTUNDE

Foto: Spanisches Verteidigungsministerium / CC-BY-NC 2.0

Die bislang umfassendste Untersuchung zur Effektivität militärischer Interventionen der fünf ständigen Sicherheitsratsmitglieder im Zeitraum 1945 bis 2003 von Patricia Sullivan und Michael Koch kommt zu dem Schluss, dass selbst Großmächte nur in 50 Prozent derartiger Fälle ihre offiziell angestrebten Ziele erreichten.⁶

Nach einer Untersuchung von Michael Greig und Paul Diehl⁷ wird die Einigung der Konfliktparteien bei Anwesenheit von Interventionstruppen unwahrscheinlicher. Auch das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) stellte fest, dass Gewaltkonflikte durch militärische Interventionen häufig mehr Opfer fordern, länger dauern und schwieriger durch eine Verhandlungslösung beizulegen sind.⁸ Für nichtstaatliche Konflikte und Lösungsansätze konnte dies die 2011 veröffentlichte Studie „Warum ziviler Widerstand funktioniert“ der US-Amerikanerinnen Erica Chenoweth und Maria J. Stephan zeigen. Gewaltfreie Aufstände waren in insgesamt 323 betrachteten Konflikten im Zeitraum 1900 bis 2005 weltweit fast doppelt so oft erfolgreich wie gewaltsame Aufstände.⁹

Die Klimasünder Krieg, Militär und Rüstungsindustrie

Die Klimakatastrophe bedroht Sicherheit und Frieden in der Welt und erfordert neue, klimasensible Konfliktlösungen. Das war schon Thema im Brundlandt-Report von 1987¹⁰ und ist nun Kernaussage der Berliner Konferenz für Sicherheit und Frieden 2020.¹¹ Doch sowohl die Regierungen als auch der Weltklimarat blenden bisher die Rolle eines der größten Klimasünder systematisch aus: die des Militärs.

Schon im Kyoto-Protokoll (1997) und auch im Pariser Klimaschutzabkommen (2015), ist der CO₂-„Stiefelabdruck“ des Militärs gezielt ausgespart worden. Doch Militär, Rüstungsindustrie und Krieg verbrauchen ungeheure Mengen an fossilen Brennstoffen: Das US-Verteidigungsministerium allein verzeichnete beispielsweise 2017 einen höheren Treibhausgasausstoß als Länder wie Dänemark oder Schweden.¹² Ein von der Bundeswehr eingesetzter Kampffjet vom Typ Eurofighter verbraucht 3.500 Kilogramm Treibstoff pro Flugstunde, entsprechend elf Tonnen CO₂-Äquivalente. Das entspricht dem

6 Sullivan, P. & Koch, M. (2009): Military Intervention by Powerful States, 1945 – 2003. In: Journal of Peace Research. 46(5). S. 707-718.

7 Greig, M. & Diehl, P. (2005): The Peacekeeping – Peacemaking Dilemma. In: International Studies Quarterly. 49(4). S. 621 – 646.

8 Stockholm International Peace Research Institute (2016): SIPRI Yearbook 2016. Oxford. S. 118.

9 Chenoweth, E. & Stephan, M. (2012): Why Civil Resistance Works. The Strategic Logic of Nonviolent Conflict. Columbia.

10 World Commission on Environment and Development (1987): Our Common Future. Chapter 11: Peace, Security, Development and the Environment.

11 Berlin Climate and Security Conference 2020: Summary of BSCS 2020 Part I. Abgerufen am 07.12.2020 von <https://berlin-climate-security-conference.de>

12 Crawford, N. (2019): Pentagon Fuel Use, Climate Change and the Cost of War. Watson Institute Research Briefs.

Der ökologische „Stiefelabdruck“ des Militärs

Auf Verlangen der USA wurde der gesamte Militärsektor 1995 im Kyoto-Protokoll mit keinem Wort erwähnt. Für die einzelnen Länder bedeutete dies, dass sie den durch ihr Militär erzeugten Treibhausgasausstoß weder in ihren Kontrollberichten aufnehmen noch reduzieren mussten. Auch heute gibt es immer noch keine Beschränkungen für militärische Emissionen und einzelne Länder erstatten kaum Bericht über diese.

Das US-amerikanische Militär beispielsweise setzt während seiner Trainingseinheiten und Einsätze fünfmal mehr Gifte und Chemikalien frei, als die fünf größten nationalen chemischen Fabriken zusammen. Neben routinemäßigen Waffenübungseinheiten finden auf

hundertten Militärbasen weltweit Feuerlöschübungen mit Kerosinbränden statt. Der Schaumstoff, der zur Löschung verwendet wird und sich aus Per- und Polyfluoralkyl-Substanzen (PFOS) zusammensetzt, ist nicht nur krebserregend, sondern biologisch praktisch nicht abbaubar. Die PFO-Substanzen gelangen vor allem im Umkreis der Militärbasen durch den Boden ins Grundwasser. Messungen des Grundwassers an der US-amerikanischen Militärbasis Ramstein in der Pfalz ergaben beispielsweise einen PFOS-Wert von 264 Mikrogramm pro Liter. Dies ist das 2.640-fache des EU-Grenzwertes für PFOS in Trinkwasser.

www.civilianexposure.org/the-u-s-military-is-poisoning-germany | Marc Werner: Das US-Militär: Auf Kriegsfuß mit dem Klima (2019). In: IMI-Studie 2019/7

jährlichen Fußabdruck eines Bundesbürgers¹³ und auch der ist schon viel zu hoch. Im Jahr 2018 verbrachten die Eurofighter der Bundeswehr 10.480 Flugstunden in der Luft.¹⁴ Umgerechnet: Es bräuchte mehr als neun Millionen Bäume, um die dadurch freigesetzten 115.280 Tonnen CO₂ zu speichern.

Hinzu kommen die massiven Umweltschädigungen durch verseuchte Böden und Gewässer, Brände und Flächenverbrauch – sowohl durch Militärübungen als auch durch kriegerische Konflikte. Militär, Rüstungsindustrie und Krieg zerstören damit die Umwelt als Grundlage menschlicher Sicherheit und tragen wesentlich zur Klimakatastrophe bei. Diese ist aber bekanntermaßen Verstärker von Konfliktfaktoren wie Nahrungsunsicherheit, Armut und Naturkatastrophen.¹⁵ Weltweit werden die Ressourcen knapper und es drohen Kriege nicht nur um Rohstoffe, sondern auch um Trinkwasser und fruchtbares Land. Dies ist besonders in den von der Klimakatastrophe am stärksten betroffenen Regionen im globalen Süden der Fall. Durch die Klimakatastrophe befeuerte Konflikte verhindern so auch mögliche Anpassungsstrategien an eben

diese Krise. Am meisten bedroht sind die, die am wenigsten zu den Ursachen beitragen – Kinder, Frauen, Einkommensschwache und Benachteiligte.

Wider die Versicherheitlichung des Klimadiskurses

Das herrschende Paradigma, dass Militär Sicherheit erzeugt, stellt die Mehrheit in Politik und Gesellschaft nicht infrage. Die vehementesten Vertreter sind die mächtigsten Staaten der Welt, die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates. Kein Wunder, gleichzeitig sind diese fünf Staaten Atommächte – sie halten damit die gefährlichste aller Massenvernichtungswaffen in ihren Händen.

Doch militärische Aufrüstung führt nicht nur zu großem, menschlichen Leid, zur Zerstörung von Infrastruktur und zur Entstehung von Migration und Flucht. Sie bindet zudem finanzielle Ressourcen für die Bekämpfung der Klimakatastrophe. 1,917 Billionen US-Dollar flossen 2019 in globale Rüstungsausgaben.¹⁶ Demgegenüber berechnen Wissenschaftler*innen des Fachjournals Science 1,4 Billionen US-Dollar, die bis 2024 jährlich in den Klimaschutz

13 Götze, S. & Schwarz, S. (2014): Klimakiller Eurofighter. Abgerufen am 07.12.2020 von <http://www.klimaretter.info/politik/hintergrund/16977-klimakiller-eurofighter>

14 Andres, J. (2020): Krieg und Klima. In: IMI – Analyse. 2020/34.

15 adelphi & Potsdam Institute for Climate Impact Research (2020): 10 Insights on Climate Impacts and Peace. A Summary of what we know.

16 Stockholm International Peace Research Institute (2020): Pressemitteilung. Abgerufen am 07.12.2020 von <https://www.sipri.org/media/press-release/2020/global-military-expenditure-sees-largest-annual-increase-decade-says-sipri-reaching-1917-billion>

investiert werden müssten,¹⁷ um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen. Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung zu globalen Umweltveränderungen (WBGU) hat schon 2007 gewarnt:

„Ohne entschiedenes Gegensteuern wird der Klimawandel bereits in den kommenden Jahrzehnten die Anpassungsfähigkeit vieler Gesellschaften überfordern. Daraus könnten Gewalt und Destabilisierung erwachsen, die die nationale und internationale Sicherheit bedrohen. Der Klimawandel könnte die Staatengemeinschaft aber auch zusammenführen, wenn sie ihn als Menschheitsbedrohung versteht und durch eine energische, weltweit abgestimmte Politik die Weichen für eine Vermeidung des gefährlichen anthropogenen Klimawandels stellt.“¹⁸

Die aktuelle Politik der Regierungen der NATO-Länder, der EU, Russlands, Chinas und anderer Staaten lässt jedoch eine „Versicherheitlichung“ des Klimadiskurses be-

fürchten. Sie legen ihren Schwerpunkt auf Flüchtlingsabwehr, Grenzsicherung, Aufstandsbekämpfung und die Kontrolle von Rohstoffquellen und Handelswegen. Die Opfer der Klimakatastrophe werden als Bedrohung definiert und die Konfliktregionen als neue Märkte für die Rüstungsindustrie. Die Anerkennung der humanitären Bedürfnisse der betroffenen Menschen – geschweige denn ein Dialog mit ihnen und ihren Interessensvertreter*innen – fehlt.

„Healthy planet, healthy people“ – Zusammenhänge zwischen Gesundheit, Klima, Sicherheit und Frieden

Die Sicherung von Lebensgrundlage und Wohlstand nur für Wenige durch den Ausschluss vieler widerspricht fundamental der medizinischen Ethik. Ärzt*innen sind dem Wohl aller Menschen verpflichtet und folgen dem „Do no harm“-Prinzip (Schadensvermeidung). Dementsprechend sieht sich die IPPNW in der Verantwortung, auf die gesundheitsschädlichen Folgen von Krieg aber auch von Klimakatastrophe und Ungleichheit hinzuweisen.

Aus dem medizinischen Verständnis entwickelt sich sukzessive ein fachlich fundierter und interdisziplinärer Wis-

17 Rodemann, J. (2020): Die Corona-Pandemie hat gezeigt, was möglich ist. Abgerufen am 07.12.2020 von <https://www.sueddeutsche.de/wissen/klimawandel-corona-hilfspakete-bundesregierung-1.5075708?fbclid=IwAR3hW2r1M5fzeN8UqcuBCp8mDQSmBKB9LlbFBw1lbH6ohDXsWIVZSwY5TU>

18 Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2007): Welt im Wandel. Sicherheitsrisiko Klimawandel. Berlin.



MEDICAL PEACE WORK: WORKSHOP IN KENIA 2014

senskorpus als Antwort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. So haben Mediziner*innen, zunächst vor allem in Großbritannien, den Klimadiskurs in ihrer Bewegung „Planetary Health“ aufgegriffen und weiterentwickelt. Das Planetary-Health-Konzept erweitert radikal die Definition von Gesundheit und befasst sich mit den Zusammenhängen zwischen der menschlichen Gesundheit und den politischen, ökonomischen und sozialen Systemen sowie den natürlichen Systemen unseres Planeten, von denen die Existenz der menschlichen Zivilisation abhängt.¹⁹ Das Konzept wurde inzwischen auch von Friedensforscher*innen aufgegriffen.²⁰

Mediziner*innen können als Wissenschaftler*innen auch eine entscheidende Rolle bei der Entzauberung des Mythos von der Wirksamkeit von Gewalt spielen, indem sie die Gesundheitsfolgen von Waffenwirkungen, z.B. Atomwaffen,²¹ Krieg und Militärinterventionen öffentlich machen.²² Die ärztliche Friedensarbeit etablierte sich bereits im Rahmen der weltweiten Friedensbewegung der 80er Jahre. Aus der Arbeit der Friedensnobelpreisträgerin IPPNW entstand eine breit angelegte medizinische Friedensarbeit: Medical Peace Work. Basierend auf Forschungsarbeiten aus Medizin, Friedensforschung und Sozialwissenschaften wurde nachgewiesen, wie die Arbeit im Gesundheitswesen in Konfliktzonen zur Friedenskonsolidierung beiträgt: durch die Kombination von Methoden der Konfliktbearbeitung mit Unterstützung durch indigene Gesundheitsarbeiter*innen, Aufbau von funktionierenden Gesundheitsdiensten und der Eindämmung der Destruktivität des Krieges. Indem sich die Medizin auf die Folgen des Krieges für die Gesundheit fokussiert, definiert sie ein ursprüngliches Macht- bzw. Herrschaftsproblem und dessen militärische „Lösung“ in ein Gesundheitsproblem um. Dieser bewusste Perspektivenwechsel steht in der Tradition des Antimilitarismus.²³

Die deutsche und die norwegische Sektion der IPPNW begründeten aus diesen Forschungen heraus das Bildungsprogramm „Medical Peace Work“ für Mediziner*innen und Gesundheitsarbeiter*innen – Grundlage bilden die friedentheoretischen Konzepte des Friedensforschers Johan Galtung.²⁴

Medical Peace Work

Europäische Gesundheitsorganisationen – darunter fünf IPPNW-Sektionen, haben 2011 das Curriculum „Medical Peace Work“ zur medizinischen Friedensarbeit entwickelt, das sich aus konkreten Erfahrungen medizinischer Friedensarbeit entwickelt hat. Ziel der sieben interaktiven Online-Kurse ist es, Gesundheitspersonal über die Folgen von Krieg und anderen Formen von Gewalt für die Gesundheit von Individuen und Bevölkerungsgruppen zu informieren. Die Online-Kurse werden ergänzt durch zahlreiche, teils interaktive Fallstudien. Das Material finden Sie auf der Website www.medicalpeacework.org

Sicherheitspolitik – friedenslogisch gedacht

Gegenwärtig bringen Klima- und Friedensbewegung gemeinsame ethisch fundierte Werte in die Debatte ein, wie sich eine nachhaltige und zukunftsorientierte, nationale und internationale Politik darstellen sollte. Gefordert wird Klima- wie auch Verteilungsgerechtigkeit zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden, Gewaltfreiheit in der Austragung von Konflikten, Teilhabe und Demokratie sowie ökologische Nachhaltigkeit. Die Friedensforscherinnen Hanne-Margret Birckenbach und Sabine Jaberg beschreiben, wie die Friedensfähigkeit ziviler und staatlicher Akteure ausgeweitet werden kann und wie die Handlungslogik des militärischen Sicherheitsdenkens abgeschwächt werden kann. An seine Stelle tritt die Friedenslogik.

„Friedenslogische Politik will Sicherheit vor Gewalt einschließen der Freiheit von Not und Furcht (menschliche

19 Whitmee, S.; Haines, A.; Beyrer, C. et al (2015): Safeguarding human health in the Anthropocene epoch: report of The Rockefeller Foundation – Lancet Commission on planetary health. In: The Lancet. 386. S. 1973–2028.

20 Scheffran, J. (2020): Welt im Aufruhr – Krankheitssymptome der Globalisierung. In: Wissenschaft & Frieden. 2020 (3).

21 Helfand, I. (2013): Nuclear Famine, two billion people at risk. Global Impact of Limited Nuclear War on Agriculture, Food Supplies and Human Nutrition.

22 IPPNW et al (2015) Body Count: Opferzahlen nach 10 Jahren „Krieg gegen den Terror“.

23 Garfield, R. (2008): The Epidemiology of War. In: Levy, B. & Sidel, V. (Hrsg.): War and Public Health. Oxford. S.23-36.

24 Galtung, J. (1998): Frieden mit friedlichen Mitteln. Friede und Konflikt, Entwicklung und Kultur. Wiesbaden.

Sicherheit). Aus friedenslogischer Sicht kann Sicherheit vor Gewalt nachhaltig nicht auf paradoxe Weise durch Androhung oder Anwendung von Gewalt oder durch Machtüberlegenheit, sondern nur über den Aufbau kooperativer und problemlösungsorientierter Beziehungen erreicht werden.“²⁵ Die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen steht ebenso wie der Schutz vor Gewalt im Zentrum menschlicher Sicherheit.

Als berufsbezogene Friedensorganisation ist die IPPNW Teil der Initiative „Sicherheit neu denken“,²⁶ die entsprechend der Friedenslogik eine zivile statt einer militärischen Sicherheitspolitik fordert. Grundlage des Szenarios für eine zivile Sicherheitspolitik sind die Berichte der Bundesregierung zur Umsetzung des Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“. Das Szenario „Sicherheit neu denken“ zeigt in konkreten, gangbaren Schritten auf, wie die vielfältigen, bereits bestehenden Ansätze für eine zivile Sicherheitspolitik zukünftig konsequent weiter ausgebaut werden könnten.

Die IPPNW setzt sich seit Jahren für atomare wie konventionelle Abrüstung und Entmilitarisierung ein und fordert den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag. Sicherheit wird hier multilateral und kooperativ gedacht, eben auch mit dem „Gegner“, und fördert durch atomare Abrüstung gegenseitige Vertrauensbildung. So bildet der Vertrag, ganz im Sinne der Friedenslogik²⁷, die Grundlage für eine sicherere Welt.

Recht auf Gesundheit und Frieden

In Zeiten von Klimakatastrophe und Coronapandemie ist das Menschenrecht auf Gesundheit und Unversehrtheit endlich in den Fokus weltweiter Aufmerksamkeit gelangt. Ausgeblendet wird jedoch der Zusammenhang zwischen Gesundheit, Frieden und Sicherheit. Stattdessen geht die atomare und konventionelle Aufrüstung weltweit unvermindert weiter.

25 Birckenbach, H.-M. (2014): Friedenslogik und friedenslogische Politik. In: Wissenschaft und Frieden. Dossier Nr. 75.

– Jaberg, S. (2014): Sicherheitslogik: Eine historisch-genetische Analyse. In: Wissenschaft und Frieden. Dossier Nr. 75.

26 Sicherheit Neu Denken. Abgerufen am 07.12.2020 von <https://www.sicherheitneudenken.de>

27 Claußen, A.: „Atomwaffenverbotsvertrag – weg von der tödlichen Doktrin der Abschreckung – Hin zur Logik des Friedens“. In: Initiative „Neue Entspannungspolitik JETZT!“ (Hrsg.) (2017): Tagungsband.

Sicherheit neu denken

Die Initiative „Sicherheit neu denken“ ist der Überzeugung, dass die weltweiten ökologischen, politischen und sozialen Herausforderungen und Konflikte sich mit militärischen Mitteln nicht nachhaltig lösen lassen. Statt einer stärkeren militärischen Durchsetzung unserer Interessen fordert das Bündnis kirchlicher und zivilgesellschaftlicher Akteur*innen einen Umstieg von militärischer zu einer zivilen Sicherheitspolitik.

Anhand von fünf Säulen beschreibt die Initiative den Umstieg von einer militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik bis zum Jahr 2040. Konkret werden hier zunächst für den deutschsprachigen Raum Handlungsoptionen im Rahmen gerechter Außenbeziehungen, nachhaltiger Entwicklung in der EU, Teilhabe an der internationalen Sicherheitsarchitektur, resilienter Demokratie und einer Konversion der Bundeswehr und Rüstungsindustrie beschrieben.

www.sicherheitneudenken.de



PROTEST GEGEN ATOMWAFFEN IN BÜCHEL, JULI 2020



ÄRZT*INNEN SETZEN AUF DEM WENDELSTEIN EIN ZEICHEN FÜR FRIEDEN, OKTOBER 2019

Die IPPNW sieht sich mit ihren bisherigen friedenspolitischen Aktivitäten zur Verhütung von Kriegen und zum Verbot von Atomwaffen als Teil einer Bewegung für die Anerkennung der Tatsache, dass Gesundheit im 21. Jahrhundert für alle Menschen und alles Leben auf unserem Planeten gilt. Wenn unser Planet krank ist, dann können Menschen und Tiere nicht gesund sein. Solange die Atommächte an Atomwaffen, Rüstung und Krieg festhalten, ist das Überleben der Bewohner*innen unserer Erde in Gefahr. Voraussetzung für eine gemeinsame, gesunde Zukunft sind eine konsequente Abrüstungspolitik und Eindämmung der Klimakatastrophe. Wir formulieren folgende Ziele für eine zivile Sicherheitspolitik:

Wir fordern

- » eine umfassende globale Abrüstungsinitiative
- » die Einhaltung des Pariser Abkommens durch einen Paradigmenwechsel im Sinne von nachhaltiger Wirtschaft und einer Beendigung der Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum
- » die Aufnahme militärischer Emissionen in das Pariser Abkommen bzw. in ein Folgeabkommen
- » die Stärkung der Vereinten Nationen
- » den Auf- und Ausbau ziviler Konfliktbearbeitung, auch als Teil von Gewaltprävention
- » die Durchsetzung der sozialen Menschenrechte auf Nahrung, sauberes Wasser, Wohnen, Gesundheit und Bildung ebenso wie die Durchsetzung der individuellen Menschenrechte.

IMPRESSUM

Bestellmöglichkeit in der IPPNW-Geschäftsstelle:

IPPNW – Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. · Körtestraße 10 · 10967 Berlin
Tel.: +49 (0) 30 68 80 74-0 · Fax: +49 (0) 30 683 81 66 · ippnw@ippnw.de · www.ippnw.de

© IPPNW e.V., Dezember 2020, V.i.S.d.P.: Dr. Angelika Claußen, kontakt@ippnw.de
Redaktion: Dr. Angelika Claußen, Dr. Katja Goebbels, Laura Wunder, Angelika Wilmen. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck nur mit Genehmigung möglich.

Spendenkonto:

IPPNW e.V. · GLS Bank · IBAN: DE23 4306 0967 1159 3251 01 · BIC: GENODEM1GLS

